INSTITUT FÜR ÖKONOMIE
UND ÖKUMENE

FÜR EINE GERECHTE
WELTWIRTSCHAFT!

Nina Giaramita
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

SÜDWIND E.V.
Kaiserstraße 201
53113 Bonn
+49 (0) 228-76 36 98-14
giaramita@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

PRESSEMITTEILUNG

Kein Klimaschutz ohne Menschenrechte: SÜDWIND fordert solidarisches Handeln auf der COP 31

Das SÜDWIND-Institut warnt angesichts der am 9. November beginnenden UN-Klimakonferenz (COP31) im türkischen Antalya vor den massiv beschnittenen Handlungsspielräumen für die Zivilgesellschaft im Gastgeberland.

Bonn, 04.11.2026 Anlässlich der vom 9. bis 20. November stattfindenden UN-Klimakonferenz in der Türkei appelliert das SÜDWIND-Institut an die anreisenden Klimagruppierungen und Nichtregierungsorganisationen, die Augen vor den Repressionen in der Türkei nicht zu verschließen und aktiv Solidarität mit den Akteur*innen vor Ort einzufordern.

Ökologischer Aktivismus ist umfassenden Repressionen ausgesetzt

In welcher Form Umweltaktivist*innen in der Türkei kriminalisiert werden, zeigt der Konflikt um den Akbelen-Wald in der Provinz Muğla. Um die Erweiterung eines Braunkohletagebaus des regierungsnahen Energiekonzerns Limak Holding voranzutreiben, setzen die Behörden auf das Instrument der „dringlichen Enteignung“. Ganze Dörfer werden so ihrer landwirtschaftlichen Lebensgrundlagen beraubt.

Der Widerstand der lokalen Bevölkerung wird systematisch gebrochen: So wurde die Umweltaktivistin Esra Işık im Zuge von Protesten festgenommen, verbrachte 42 Tage in Untersuchungshaft und wurde im Juli 2026 zu einer Haftstrafe verurteilt. Diese Unterdrückung von ökologischem Engagement steht im Kontext einer umfassenden autoritären Dynamik, bei der systematisch alle Teile der kritischen Zivilgesellschaft ins Visier genommen werden.

Symbolfigur für eine offene Türkei seit Jahren in Haft

Erst am 2. November jährte sich die Inhaftierung des Intellektuellen und Menschenrechtsaktivisten Osman Kavala zum neunten Mal. Kavala, der sich mit seinen privaten Mitteln unermüdlich für Demokratie und Menschenrechte engagierte, hatte sich 2013 aktiv für die Umweltbewegung im Gezi-Park in Istanbul eingesetzt. Trotz wiederholter Aufforderungen des Europäischen Menschengerichtshofs, ihn sofort in die Freiheit zu entlassen, setzt sich die türkische Politik und Justiz bewusst über diese völkerrechtlichen Verpflichtungen hinweg und reagiert stattdessen mit Drohungen, aus dem Europarat auszutreten.

Landesweite Razzien gegen queere Szene

Gleichzeitig führt die Justiz eine gezielte Kampagne gegen marginalisierte Gruppen an. Durch Razzien gegen LGBTQI-Organisationen im ganzen

Land werden queere Verbände derzeit systematisch zur politischen Zielscheibe gemacht. Dahinter stehen fundamentalistische Gruppierungen, die global agieren und den Kampf für sexuelle Rechte als fundamentale Infragestellung ihrer autoritär geprägten Gesellschaftsmodelle sehen.

SÜDWIND-Podium zu schwindender Rechtsstaatlichkeit in der Türkei

Die akute Bedrohung demokratischer Akteure in der Türkei war auch Thema der kürzlich stattfindenden SÜDWIND-Veranstaltung im Rahmen der Aktionswoche zu Shrinking Spaces. Unter dem Titel „Was bleibt von der Rechtsstaatlichkeit in der Türkei?“ beleuchtete das Institut gemeinsam mit dem KulturForum TürkeiEuropa die systematische Demontage demokratischer Institutionen und die Kriminalisierung der Opposition. Für SÜDWIND steht daher fest: Die internationale Klimabewegung muss auf der COP31 in Antalya ein klares Zeichen gegen die Unterdrückung der Zivilgesellschaft und für eine demokratische Zukunft setzen.

Die Einhaltung der Menschenrechte muss Thema auf der COP 31 sein

„Eine Klimapolitik, die auf autoritären Strukturen aufbaut, kann nicht zum Erfolg führen. Wer die Umwelt schützen will, muss die Menschen schützen, die sich vor Ort dafür einsetzen“, so Ulrike Dufner vom SÜDWIND-Institut. „Wenn Menschen in Muğla im Gefängnis landen, weil sie ihre Olivenhaine gegen fossile Großkonzerne verteidigen, und die Stimmen von wegbereitenden Aktivisten wie Osman Kavala sowie queeren Organisationen systematisch erstickt werden, verliert der Klimaschutz seine wichtigste Basis. Die internationalen Delegationen und Klimagruppen dürfen in Antalya daher nicht nur über Klimaziele verhandeln und debattieren, sondern müssen von der türkischen Regierung auch die Einhaltung der Menschenrechte und den Schutz demokratischer Räume einfordern – wir dürfen die lokale Zivilgesellschaft nicht alleine lassen.“

Kontakt:
SÜDWIND-Institut
Ulrike Dufner
Tel.: 0173/4911701
dufner@suedwind-institut.de

SÜDWIND setzt sich für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit ein – weltweit. Wir recherchieren, decken ungerechte Strukturen auf, machen sie öffentlich und bieten Handlungsalternativen.
Wir verbinden entwicklungspolitische Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit und tragen Forderungen in Kampagnen, Gesellschaft, Unternehmen und Politik.

INSTITUT FÜR ÖKONOMIE
UND ÖKUMENE

FÜR EINE GERECHTE
WELTWIRTSCHAFT!

Nina Giaramita
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

SÜDWIND E.V.
Kaiserstraße 201
53113 Bonn
+49 (0) 228-76 36 98-14
giaramita@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de